

## **Kommunalpolitische Schwerpunkte der 10. Sitzungsperiode des Landtages (28./29.04.2022)**

Am 28./29. April ist der Landtag zu einer weiteren Sitzung zusammengekommen. Über Tagesordnungspunkte mit kommunalpolitischem Bezug möchten wir Euch/Sie hiermit informieren.

Die gesamte Sitzung ist, wie gewohnt, unter folgendem Link einsehbar:

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/10-sitzungsperiode#/?accordion=0&accordionPlenar=0&accordionVideo=0>

Die Redebeiträge zu den Tagesordnungspunkten werden unter den einzelnen TOPs verlinkt. Von dort aus ist die Navigation zu den Redebeiträgen der Abgeordneten der LINKEN möglich.

Da es aus technischen Gründen immer wieder vorkommen kann, dass Videolinks nicht funktionieren, möchte ich in einem solchen Fall auch auf den o.g. allgemeinen Videolink und die dortige Navigationsmöglichkeit verweisen.

---

### **TOP 3 Antrag „Maßnahmen gegen Preistreiberei im Energie- und Kraftstoffsektor“**

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp8/drs/d1033dan.pdf>

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp8/drs/d1059raa.pdf>

Unsere Landtagsfraktion fordert, dass die Bundesregierung weitere Maßnahmen ergreift, um die steigenden Kosten für Strom, Gas und Kraftstoffe einzudämmen. So sollen die Befugnisse des Bundeskartellamtes zur Prüfung von Wertschöpfungsketten und Preisbildung erweitert werden. Darüber hinaus sollen überhöhte Kosten von den Unternehmen zurückerstattet werden und über ein Energiesicherungsgesetz u.a. Dumpingpreise unterbunden werden. Eingbracht hat den Antrag unsere energiepolitische Sprecherin Kerstin Eisenreich:

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/10-sitzungsperiode#section-inner-tops03-3292>

Der Antrag wurde abgelehnt und der Alternativantrag der Koalition beschlossen.

### **TOP 5 Antrag „Attraktivität des ÖPNV steigern - „365-Tage-Tickets“ modellhaft erproben - Azubi-Ticket evaluieren“**

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp8/drs/d1034ran.pdf>

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp8/drs/d1055gaa.pdf>

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp8/drs/d1062daa.pdf>

Die regierungstragenden Fraktionen wollen die Attraktivität des ÖPNVs erhöhen. Dafür soll es erschwingliche Tarife geben, das Azubi-Ticket evaluiert und Modellprojekte für ein Jahresticket für 365 € entwickelt werden. Im Alternativantrag unserer Landtagsfraktion fordern wir eine landesweite Erprobung der Jahrestickets, die Evaluation von bereits existierenden, vergünstigten Tickets und eine Haushaltsvorsorge für die nötigen Investitionen in Personal und Infrastruktur.

Der Redebeitrag unseres Sprechers für Verkehrspolitik und ÖPNV Guido Henke:

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/10-sitzungsperiode#section-inner-tops05-3294>

Die Anträge wurden direkt abgestimmt. Dem Antrag der Koalition wurde mehrheitlich zugestimmt; eine Abstimmung über die Alternativanträge fand daher nicht mehr statt.

TOP 11 Gesetzentwurf „Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung an den Kosten der landesbedeutsamen Fahren des Landes Sachsen-Anhalt (Fährfin-G)“

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp8/drs/d0233dge.pdf>

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp8/drs/d1026vbe.pdf>

Es fand die zweite Lesung des Gesetzentwurfs unserer Landtagsfraktion zur Beteiligung des Landes an den Kosten für landesbedeutsame Fahren statt. Hintergrund ist, dass diese Fahren überwiegend in kommunaler Trägerschaft sind und deren Betrieb eine freiwillige Aufgabe ist. Die Kosten für den Betrieb übersteigen in den meisten Fällen jedoch die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen. Der Ausschuss für Infrastruktur und Digitales empfiehlt dem Landtag mit 7:6:0 Stimmen, den Gesetzentwurf abzulehnen. Stattdessen soll weiter auf eine freiwillige Förderung gesetzt werden.

Der Debattenbeitrag von Wulf Gallert:

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/10-sitzungsperiode#section-inner-tops010-3299>

Der Beschlussempfehlung wurde zugestimmt, das Gesetz ist damit abgelehnt. Der Entschließung im Teil 2 der Beschlussempfehlung wurde mehrheitlich gefolgt.

TOP 13 Gesetzentwurf „Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes“

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp8/drs/d1037rge.pdf>

Mit der letzten Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes und wahlrechtlicher Vorschriften wurden diverse Vorschriften aufgenommen, durch die das Jährlichkeitsprinzip des Haushalts durchbrochen werden konnte, um die Behebung von Fehlern in einer Haushaltssatzung bzw. Nachtragshaushaltssatzung vergangener Haushaltsjahre in verfassungskonformer Weise zu ermöglichen. Das Bundesverwaltungsgericht hat sich zwar nicht gegen diese Regelungen ausgesprochen, wohl aber eine mehrdeutige Ausnahmeregelung erkannt. Die genaue Angabe, welche Fehler behoben werden könnten, soll durch die neuerliche Änderung in das Gesetz geschrieben werden.

Die erste Lesung erfolgt ohne Debatte:

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/10-sitzungsperiode#section-inner-tops012-3301>

Der Gesetzentwurf wurde in den Ausschuss für Inneres und Sport überwiesen.

TOP 23 Antrag „Investitionen in Bildungseinrichtungen stärken - Landesschulbauprogramm zügig umsetzen!“

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp8/drs/d1011dan.pdf>

Für das Landesschulbauprogramm, das ab 2023 im Haushalt verankert werden soll, hat unsere Fraktion beantragt, dass der reale Investitionsbedarf für die Schulgebäude der kommunalen Schulträger ermittelt wird, eine Richtlinie zur Umsetzung des Landesschulbauprogramms entworfen und ein Vorschlag zur Einrichtung eines Vergabebeirats vorgelegt wird. Darüber hinaus sollen Regelungen geschaffen werden, nach denen kommunale Träger Kredite zur Errichtung oder Sanierung von Bildungseinrichtungen (insbesondere Schulen und Kindertageseinrichtungen) unabhängig von der zeitweiligen Finanzsituation und ggf. bestehenden Auflagen zur Haushaltskonsolidierung aufnehmen können.

Die Einbringung des Antrages erfolgte durch unseren bildungspolitischen Sprecher Thomas Lippmann:

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/10-sitzungsperiode#section-inner-tops111-3285>

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Bildung überwiesen.